



– Beschlusskammer 6 –

Beschluss

Az. BK6-15-166

In dem Besonderen Missbrauchsverfahren der

GEWOBA Energie GmbH,
Rembertistr. 92, 28195 Bremen, vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragstellerin –

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Günther, Mittelweg 150, 20148 Hamburg

zur Überprüfung des Verhaltens der

wesernetz Bremen GmbH,
Theodor-Heuss-Allee 20, 28215 Bremen, vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragsgegnerin –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten
Jochen Homann,

durch den Vorsitzenden Christian Mielke,
den Beisitzer Dr. Jochen Patt
und den Beisitzer Jens Lück,

aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 07.04.2016

am 03.04.2017 beschlossen:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Eine Entscheidung über die Kosten bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

Die Parteien streiten darüber, ob es sich bei zwei von der Antragstellerin geplanten Versorgungsinfrastrukturen hinter jeweils einem Netzanschlusspunkt der Mittelspannung am Netz der Antragsgegnerin um Kundenanlagen im Sinne des § 3 Nr. 24a EnWG handelt.

1. Die Antragstellerin ist ein Energieversorgungsunternehmen, das sich mit der dezentralen Erzeugung und Lieferung von Wärme und Strom sowie anderen Energiedienstleistungen befasst. Die Antragsgegnerin ist Betreiberin eines Elektrizitätsverteilernetzes in Bremen und Bremerhaven mit ca. 435.000 angeschlossenen Kunden.

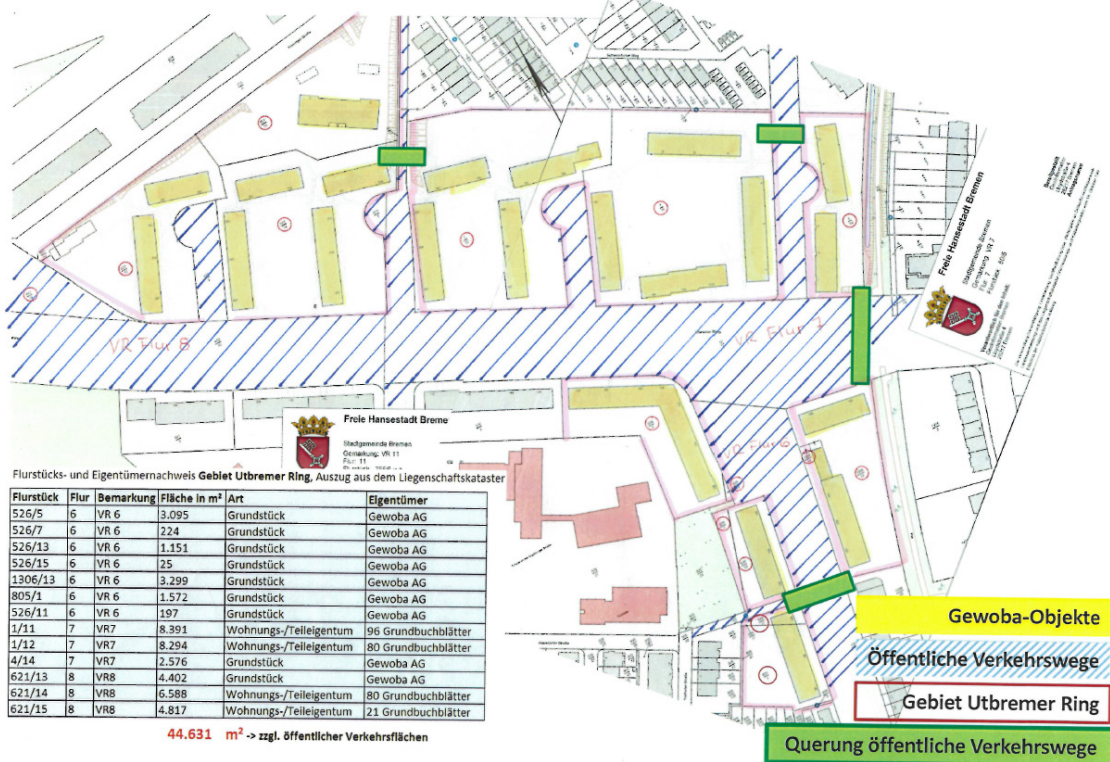
An den Standorten Utbremer Ring 189 F und Buddeskamp 9 in Bremen beabsichtigt die Antragstellerin den Bau von je einem Blockheizkraftwerk (BHKW) mit je 140 kW Leistung, um die dort befindlichen Mehrfamilienhäuser mit Wärme und Strom zu versorgen. Zu diesem Zweck wurden bereits mit der Eigentümerin der Mehrfamilienhäuser, der GEWOBA AG, deren 100-prozentige Tochtergesellschaft die Antragstellerin ist und die mehrheitlich über die Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft in der Hand der Stadtgemeinde Bremen ist, entsprechende Vereinbarungen zur Errichtung und zum Betrieb der Anlagen getroffen. Zur Verbesserung der Energieeffizienz sollen in beiden Fällen Wärmenetze von der Energiezentrale (dem jeweiligen Standort des BHKW) zu den einzelnen Mehrfamilienhäusern verlegt werden. Im Rahmen dieser Baumaßnahme ist zugleich die Neuverlegung von Elektrizitätsleitungen von der Energiezentrale zu den Mehrfamilienhäusern und deren Anschluss an die vorhandenen Hausanschlussanlagen geplant. Die zwischen der Grundstückseigentümerin und der Antragsgegnerin bestehenden Hausanschlussverträge sollen sodann gekündigt und die betroffenen Niederspannungsanschlüsse der Antragsgegnerin sollen stillgelegt werden. Die beiden geplanten Versorgungsstrukturen (Energieanlagen) sollen je über einen Mittelspannungsanschluss an das Netz der Antragsgegnerin angeschlossen werden. In den Energiezentralen werden Transformatoren und je eine Niederspannungshauptverteilung installiert.

Das Versorgungsmodell der Antragstellerin sieht vor, den für die Versorgung der angeschlossenen Letztverbraucher (überwiegend Mieter und zu einem geringen Teil auch Wohnungseigentümer) benötigten Strom in den beiden Blockheizkraftwerken zu erzeugen und den darüber hinaus benötigten Strom über den Mittelspannungsanschluss aus dem Netz der Antragsgegnerin

zu beziehen. Angeschlossene Letztverbraucher, die keinen Stromlieferungsvertrag mit der Antragstellerin schließen, sollen ihren Stromlieferanten weiterhin frei wählen können. Die Versorgungsleitungen der Antragstellerin sollen dritten Stromlieferanten unentgeltlich zur Verfügung stehen.

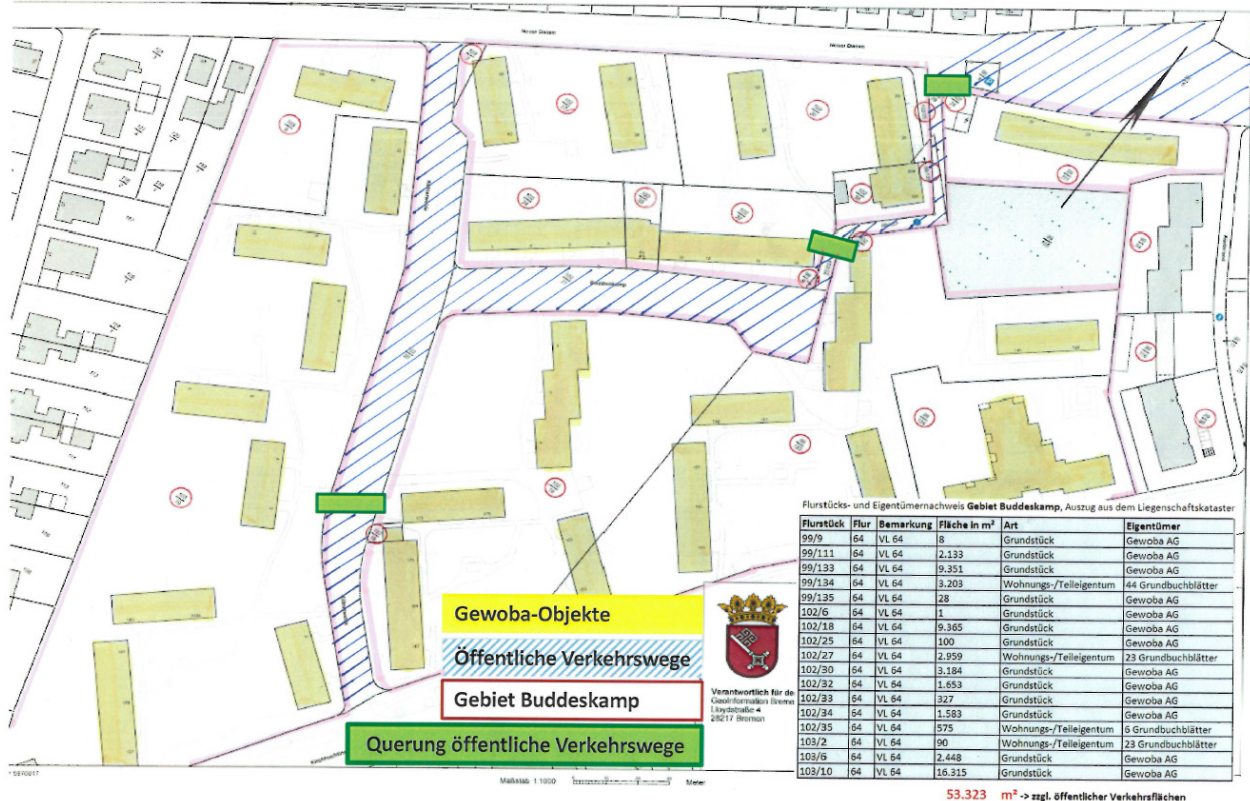
Am Standort Utbremer Ring sollen nach Angaben der Antragstellerin insgesamt 457 Wohnungen in 22 Gebäuden über die geplante Infrastruktur versorgt werden. Das Gebiet liegt auf einer Gesamtfläche von ca. 44.631 m² und umfasst 13 Grundstücke. Bei einem unterstellten durchschnittlichen Stromverbrauch von 2.200 kWh pro Wohneinheit liegt der Jahresverbrauch in der Anlage bei ca. 1005 MWh pro Jahr. Durch das Gebiet führt eine gleichnamige vierspurige Straße mit begrüntem Mittelstreifen. 17 der insgesamt 22 überwiegend viergeschossigen Mehrfamilienhäuser mit Satteldächern befinden sich nördlich des Utbremer Rings. Dieser Bereich ist von Süden mit mehreren öffentlichen Stichstraßen sowie kleinen Wegen und Straßen erschlossen, die vom Utbremer Ring abzweigen. Zudem führt im Osten die Aschaffener Straße vom Utbremer Ring abzweigend nach Norden durch das Gebiet. Fünf, an die Energieanlage angeschlossene, dreigeschossige Mehrfamilienhäuser liegen südlich des Utbremer Rings. Diese fünf Häuser verteilen sich rechts und links der Fürther Straße, welche Richtung Süden vom Utbremer Ring abzweigt. Zur Versorgung aller 22 Gebäude über die eigene Infrastruktur ist an vier Stellen eine Querung öffentlicher Verkehrswege notwendig.

Flurstücks- und Eigentümnachweis **Gebiet Utbremer Ring**; Auszug aus dem Liegenschaftskataster



Die geplante Versorgungsinfrastruktur am Standort Buddeskamp sieht den Anschluss von 25 drei- und viergeschossigen länglichen Mehrfamilienhäusern mit verschiedenen farblichen Fassaden und zum Teil unterschiedlicher Architektur vor. Dazu sind weitere fünf quadratische Neubauten geplant, so dass insgesamt 515 Wohnungen versorgt werden sollen. Die Anlage „Buddeskamp“, die sich über 17 Grundstücke mit ca. 53.323 m² Fläche erstreckt, würde bei einem unterstellten durchschnittlichen Stromverbrauch von 2.200 kWh pro Haushalt eine Energiemenge von ca. 1133 MWh pro Jahr durchleiten, um alle 515 Haushalte zu versorgen. Das Gebiet um die Anlage grenzt im Norden an die Straße Neuer Damm. Gegenüberliegend befinden sich Einfamilienhäuser. An der westlichen Seite trennt ein stark mit Bäumen und Sträuchern bewachsener Grünstreifen die Anlage der Antragsgegnerin von den dahinter liegenden Grundstücken mit Einfamilienhäusern. Südlich grenzt die Anlage an die Kirchhuchtinger Landstraße, deren gegenüberliegende Seite überwiegend mit zweigeschossigen Wohn- und Geschäftshäusern bebaut ist. Östlich der Anlage sind weitere dreigeschossige Mehrfamilienhäuser gelegen. Die Anlage der Antragstellerin durchqueren mehrere öffentliche Straßen und Wege, darunter die Kötnersweiße und der Buddeskamp. Querungen öffentlicher Verkehrswege zur Versorgung aller Gebäude mit eigener Infrastruktur sind an drei Stellen notwendig.

Flurstücks- und Eigentümersnachweis **Gebiet Buddeskamp**; Auszug aus dem Liegenschaftskataster



Am 03.07.2015 meldete die Antragstellerin für beide Gebiete den Netzanschluss an das Mittelspannungsnetz und die Erzeugungsanlagen bei der Antragsgegnerin an. Ergänzend bean-

tragte die Antragstellerin die Zuordnung eines virtuellen Zählpunktes am Zweirichtungszähler am Mittelspannungsanschluss. Dessen Werte sollen in der Art gebildet werden, dass von den realen Bezugswerten des Zweirichtungszählers die Zählwerte der Unterzähler abgezogen werden, die den Verbrauch von Letztverbrauchern zählen, welche sich nicht von der Antragstellerin, sondern von einem anderen Energieversorgungsunternehmen mit Strom beliefern lassen. Zum anderen beantragte die Antragstellerin die Abrechnung der Unterzähler von fremdbelieferten Letztverbrauchern nach einem Standardlastprofilverfahren über die einzurichtenden Zählpunkte mit den jeweiligen Energieversorgungsunternehmen. Unter dem 29.07.2015 unterbreitete die Antragsgegnerin zwei Angebote für die Herstellung von Mittelspannungsanschlüssen an eine kundeneigene Transformatorenstation unter den Bezeichnungen „Aschaffener Str. 11“ (von der Antragsgegnerin gewählte Bezeichnung für die Anlage am Utbremer Ring 189 F, im Folgenden Utbremer Ring genannt) und „Buddeskamp 9x“. In den Angeboten sowie in Gesprächen im Vorfeld und im Nachgang zu den Netzanschlussangeboten wies die Antragsgegnerin aber darauf hin, dass es sich bei beiden Vorhaben ihrer Auffassung nach nicht um Kundenanlagen im Sinne des § 3 Nr. 24a EnWG handeln und sie diese demnach auch nicht wie solche behandeln würde. Dies betrifft auch die Abwicklung von Drittstrombelieferungen über Unterzähler gemäß § 4 Abs. 3b KWKG a.F. (Stand 2012) und § 20 Abs. 1d EnWG nach Inbetriebnahme der BHKW und der geplanten Versorgungsinfrastruktur.

Die Antragstellerin plant, auch für weitere Objekte der Gewoba mit insgesamt ca. 8000 Kunden vergleichbare Modelle umzusetzen.

Nachdem sich die Beteiligten in der Folge nicht einigen konnten, hat die Antragstellerin mit Schreiben vom 30.10.2015 einen Antrag auf Durchführung eines Besonderen Missbrauchsverfahrens bei der Beschlusskammer gestellt.

2. Die Antragstellerin ist der Auffassung, die Antragsgegnerin müsse ihre Versorgungsinfrastrukturen an den Standorten Utbremer Ring 189 F und Buddeskamp 9 als Kundenanlage behandeln und verweigere rechtswidrig die Abwicklung von Lieferungen im Sinne des § 20 Abs. 1d EnWG. Ein Netzbetreiber könne nicht von einem Anschlussnehmer verlangen, von ihm geplante und errichtete Anlagen als regulierungspflichtiges Netz zu betreiben. Es gebe keine Pflicht, für Elektrizitätsversorgungsanlagen, die ein Unternehmer errichte, Netzentgelte zu erheben und darauf zu verzichten, die Anlagen den Letztverbrauchern unentgeltlich als Kundenanlage zur Verfügung zu stellen. Sie werde damit von der Antragsgegnerin gezwungen, für den Betrieb ihrer Anlagen eine betriebliche und organisatorische Infrastruktur aufzubauen, die einen regulierten Netzbetrieb zuließe. Die dadurch entstehenden Kosten würden am Ende zu Netzentgelten führen, die gegebenenfalls höher wären als diejenigen, die heute von der Antragsgegnerin erhoben werden. Dies wolle weder sie, die Antragstellerin, noch die Vermieterin. Somit müsste sie von der Umsetzung ihres Versorgungsmodells absehen. Dies hätte zur Folge, dass sie den im

BHKW erzeugten Strom nicht in der Kundenanlage vermarkten, sondern lediglich in das Netz der Antragsgegnerin einspeisen und dafür nicht auskömmlich nach § 4 Abs. 3 KWKG vergütet werden würde.

Bei ihren Anlagen handele es sich in beiden Fällen um Kundenanlagen im Sinne des § 3 Nr. 24a EnWG.

Die Anlagen befänden sich jeweils auf einem räumlich zusammengehörenden Gebiet, denn schon nach dem Wortlaut sei ein Gebiet nicht auf ein einziges Grundstück beschränkt. Begriffe wie „Wohngebiet“, „Industriegebiet“ aber auch „Gebietsansprüche“ oder „Rückzugsgebiet“ bezeichnen stets räumliche Bereiche, die sich über eine mehr oder minder große Anzahl von Einzelgrundstücken erstreckten. Entscheidend sei, dass das Gebiet, auf dem sich die Anlage befände, aufgrund einer gewissen räumlichen Nähe und Verbindung zwischen den Grundstücken als einheitlich wahrgenommen werden könne. In den beiden von ihr geplanten Anlagen sei dies der Fall. Die Grundstücke, auf denen sich die zu versorgenden Häuser befinden, grenzten direkt aneinander oder würden nur durch einen öffentlichen Weg voneinander getrennt. Zudem wären alle Grundstücke durch ein Wärmenetz miteinander verbunden, das durch eine Energiezentrale gespeist würde und alle Häuser mit Wärme versorge. Ausgangspunkt für eine Bewertung des Merkmals „räumlich zusammengehörendes Gebiet“ sei in diesem Zusammenhang der Gesetzeswortlaut und nicht die Gesetzesbegründung. Das „räumlich zusammengehörende Gebiet“ im Sinne des § 3 Nr. 24a EnWG sei schon dem Wortlaut nach ein größerer Bereich als der „unmittelbare räumliche Zusammenhang“, welcher im Rahmen der Eigenversorgungsdefinition nach § 5 Nr. 12 EEG 2014 zugrunde gelegt werde. Selbst dort sei anerkannt, dass querende Straßen und Gräben oder andere dazwischen liegende Flächen den unmittelbaren räumlichen Zusammenhang nicht per se ausschließen. Bei beiden Versorgungsbereichen handele es sich auch wegen der gleichartigen Gebäudestruktur und der einheitlichen Wärmeversorgung um zusammengehörende Quartiere. Beide Versorgungsbereiche seien typische Fälle eines quartiersbezogenen Ansatzes zur energetischen Sanierung, deren Förderung auch Ziel umfassender Förderpolitik der Bundesregierung sei, umgesetzt unter anderem durch das Förderprogramm KfW 201.

Auch vertritt die Antragstellerin die Ansicht, dass ihre Anlagen für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs allein aus dem Grunde unbedeutend seien, weil sie die Anlagen diskriminierungsfrei und unentgeltlich zur Drittstrombelieferung zur Verfügung stelle. Da Wettbewerb nur im Bereich der Belieferung mit Strom stattfände, sei eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs deshalb denklogisch ausgeschlossen. Dies führe zu der Konsequenz, dass bei Erfüllung des vierten Tatbestandsmerkmals nach lit. d) des § 3 Nr. 24a EnWG, der diskriminierungsfreien und unentgeltlichen Durchleitung, automatisch auch das dritte Tatbestandsmerkmal unter lit. c) erfüllt sei. Netzregulierung sei lediglich ein Hilfsmittel zur Sicherung des Wettbewerbs

zwischen Lieferanten und kein Selbstzweck. Der Zwang zur kostenträchtigen Regulierung von Anlagen, die der Verantwortliche ohne Erhebung von Netzentgelten zur Verfügung stellen wolle, verstoße gegen den Grundsatz der preisgünstigen Energieversorgung gemäß § 1 EnWG und würde Wettbewerb behindern. Es fehle am Regulierungsanlass, wenn für die Nutzung der Infrastruktur keine Kosten geltend gemacht würden, da in diesem Fall in keiner Weise nachteilige Effekte auf die freie Versorgerauswahl der Letztverbraucher zu erwarten seien. Regulierungsmaßstab in wettbewerblicher Hinsicht seien die Kosten eines effizienten marktstrukturell vergleichbaren Unternehmens.

Die Antragstellerin beantragt,

der Antragsgegnerin aufzugeben, die von der Antragstellerin geplanten Elektrizitätsversorgungsanlagen, die hinter den Mittelspannungsanschlüssen an das Verteilernetz der Antragsgegnerin an den Standorten Aschaffener Str. 11x und Buddeskamp 9x in Bremen errichtet und betrieben werden, als Kundenanlagen im Sinne des § 3 Nr. 24a EnWG zu behandeln und insbesondere zukünftig für alle Letztverbraucher, deren Verbrauchsanlagen an die Anlagen der Antragstellerin an den genannten Standorten angeschlossen sind und die Stromlieferungsverträge mit Elektrizitätsversorgungsunternehmen abschließen, die diese Kunden über das Verteilernetz der Antragsgegnerin beliefern, eine Abrechnung ihrer Verbräuche über Unterzähler zu ermöglichen.

Die Antragsgegnerin beantragt sinngemäß,

den Antrag abzulehnen.

Die Antragsgegnerin hält den Antrag der Antragstellerin für unbegründet. Sie ist der Ansicht, dass die erhebliche räumliche Ausdehnung des zu versorgenden Gebiets gegen die Einstufung als Kundenanlage spreche. Die Gesetzesbegründung mache deutlich, dass es sich bei dem räumlich zusammengehörenden Gebiet um eine Fläche handeln müsse, die zumindest nach der Verkehrsanschauung noch als ein „Grundstück“ anzusehen sei. Dies sei im Hinblick auf die geographische Ausdehnung, die fehlende optische Abgrenzung zu den umliegenden Gebäudeflächen und der Querung mehrerer öffentlicher Straßen bei den Vorhaben der Antragstellerin nicht gegeben. Optisch stelle sich das Gebiet vielmehr als ein (kleines) Stadtviertel dar.

Das Vorkommen des Begriffs „Gebiet“ in den Bezeichnungen „Wohngebiet“ oder „Industriegebiet“ sei im Rahmen der Wortlautauslegung nicht zielführend. Der Begriff komme auch in den Worten „Stadtgebiet“ und „Staatsgebiet“ vor, ohne dass daraus folgen würde, dass sich eine Kundenanlage auch über eine gesamte Stadt oder ein Land erstrecken könne. Zudem zeige sich das vom Gesetzgeber zugrunde gelegte enge Verständnis des Begriffs im Umkehrschluss zu dem Begriff der „Kundenanlage zur betrieblichen Eigenversorgung“. Das „Betriebsgebiet“ soll

sich entsprechend der Gesetzesbegründung auch über weite Flächen erstrecken können, was im Vergleich mit der Definition mit der allgemeinen Kundenanlage zu einer restriktiveren Auslegung des Kriteriums der geographischen Ausdehnung führen würde.

Die Antragsgegnerin vertritt ferner die Ansicht, dass die Anlagen der Antragstellerin nicht unbedeutend für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs seien. Die Auffassung der Antragstellerin diesbezüglich sei zu weitgehend und führe dazu, dass das Tatbestandsmerkmal „Bedeutung für den Wettbewerb“ leer laufe.

Entgegen der Auffassung der Antragstellerin gebe es auch Wettbewerb im Netz, was sich bereits aus § 46 Abs. 1 EnWG ergebe. Darüber hinaus zeige insbesondere das Vorhaben der Antragstellerin selbst die potentielle Wettbewerbsrelevanz zwischen Netz- und Kundenanlagenbetreibern auf. Indem die Antragstellerin einräume, dass sich ihr Vorhaben nur bei einem Wegfall der mit einem Netzbetrieb einhergehenden „Regulierungskosten“ rechne, mache sie gerade deutlich, dass es an einem unverfälschten Wettbewerb fehle. Dies sei nach Auffassung des Gesetzgebers aber nur akzeptabel, wenn die Anlage für den Wettbewerb „unbedeutend“ sei. Damit trage der Gesetzgeber letztlich dem Risiko Rechnung, dass sich Betreiber von Versorgungsanlagen durch eine „Flucht aus der Regulierung“ ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschafften. Zudem verursache die zunehmende Umsetzung solcher Kundenanlagenversorgungsmodelle einen Kostenanstieg für die übrigen Kunden am Netz der allgemeinen Versorgung, da Fixkosten des Netzes auf immer weniger Netzkunden umgelegt würden. Faire Wettbewerbsbedingungen seien dann nicht gewährleistet, wenn man Leitungsnetzen in der von der Antragstellerin geplanten Größenordnung die privilegierte Eigenschaft einer Kundenanlage zubilligen würde. Resultierend aus dem Wegfall diverser Preisbestandteile wie Netzentgelte, Konzessionsabgaben, KWK-Umlage, § 19 StromNEV-Umlage sowie Stromsteuer, die ein Letztverbraucher beim Strombezug durch einen Drittlieferanten zu tragen hätte, würden Stromlieferungen an einen Letztverbraucher innerhalb einer Kundenanlage mit erheblichen Kostenvorteilen einhergehen.

3. Mit Schreiben vom 14.03.2017 hat die Beschlusskammer gemäß §§ 55 Abs. 1 Satz 2, 58 Abs. 1 Satz 2 EnWG dem Bundeskartellamt sowie der Landesregulierungsbehörde Bremen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Landesregulierungsbehörde hat mit Schreiben vom 20.03.2017 Stellung genommen. Darin schließt sie sich in allen wesentlichen Punkten den Rechtsauffassungen der Antragstellerin an und macht folgende Ergänzungen:

Aspekte der baulichen Gestaltung seien kein geeignetes Abgrenzungskriterium im Rahmen des Tatbestandsmerkmals „räumliche Zusammengehörigkeit“. Dies gelte ebenso für die Nutzung der Gebäude, soweit diese mit der generellen Nutzung im Gebiet aufgrund der Art und des Umfangs vereinbar ist. Die Zusammengehörigkeit der Gebäude südlich und nördlich des Utbremer Rings

sei aufgrund des aktuellen Sanierungsstandes sehr deutlich. Zudem sei die Annahme eines räumlich zusammengehörenden Gebiets durch die Vierspurigkeit des Utbremer Rings nicht ausgeschlossen. Zum einen diene die Straße zwar nicht ausschließlich, aber auch der Erschließung des Gebiets und zum anderen sei die Straße durch zwei Ampelanlagen für Fußgänger und Radfahrer überquerbar. Eine trennende Wirkung von Straßen trete erst bei keinerlei Querungsmöglichkeiten ein.

Für das Tatbestandsmerkmal der „Unbedeutsamkeit für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs“ sei hinsichtlich des Kriteriums der Zahl der angeschlossenen Letztverbraucher auf eine Größe abzustellen, die bei einer Energieanlage innerhalb von Gebäuden oder Gebäudekomplexen potentiell erreicht werden kann. In Bremen sei beispielsweise die Wohnanlage Grohner Düne mit 570 Wohnungen anzuführen. Eine Begründung für ungleiche Behandlungen von Energieanlagen in Gebäuden und solchen, die teilweise außerhalb von Gebäuden verlaufe, sei nicht ersichtlich. Der Aspekt, dass die Energieanlage nicht vorwiegend der Betreiberin der Energieanlage diene, sei in diesem Zusammenhang nicht von Belang. Auch müsse in Zweifel gezogen werden, ob das in der Gesetzesbegründung benannte Kriterium der geographischen Ausdehnung zur Auslegung des Tatbestandsmerkmals geeignet sei. Ein Zusammenhang zwischen der bloßen Flächengröße einer Energieanlage und ihrer Wettbewerbsrelevanz sei nicht ersichtlich. Auch die Menge der über die Anlage gelieferten Energie sei kein über die Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher hinausgehendes Kriterium. Zudem seien auch Fragen der Wirtschaftlichkeit für die Betreiberin einer Energieanlagen nicht Gegenstand der Abgrenzung zwischen Kundenanlage und Netz. Ferner würden Kundenanlagen, die (auch) mit einer Erzeugungsanlage verbunden seien, den Wettbewerb vielmehr fördern und sich wettbewerbsbelebend auswirken, da die angeschlossenen Letztverbraucher ein zusätzliches Lieferangebot erhielten. Es sei auch fraglich, ob unentgeltlich zu nutzende Kundenanlagen überhaupt Teil des natürlichen Monopols seien. Schließlich könne auch die vom BGH im Beschluss vom 18.10.2011 (Az. EnVR 68/10) entwickelte Formulierung von einem grundsätzlich weiten Netzbe-griff nicht auf Kundenanlagen übertragen werden. Aus dem Grund seien auch die unbestimmten Rechtsbegriffe in der Definition der Kundenanlage nicht restriktiv zu beurteilen.

Das Bundeskartellamt hat mit E-Mail vom 31.03.2017 Stellung genommen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Der zulässige Antrag ist unbegründet.

1. Der Antrag ist zulässig.

1.1. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde für die vorliegende Entscheidung folgt aus § 54 Abs. 1 Hs. 1 EnWG, da die Antragsgegnerin Netzbetreiberin mit über 100.000 angeschlossenen Kunden ist. Die Beschlusskammer ist zur Entscheidung gemäß § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG ermächtigt.

1.2. Der Antrag ist auch statthaft. Jedenfalls soweit die vorgebrachten Vorwürfe sich auf die Nichteinrichtung virtueller Zählpunkte für die Durchleitung von Strom zu Unterzählpunkten nach § 20 Abs. 1d EnWG beziehen, sind Bestimmungen des Teils 3 Abschnitte 2 und 3 des Energiewirtschaftsgesetzes tangiert.

1.3. Die Antragstellerin ist durch das Verhalten der Antragsgegnerin erheblich in ihren Interessen berührt. Die Weigerung der Antragsgegnerin, die Energieanlagen der Antragstellerin als Kundenanlagen zu behandeln, insbesondere die Weigerung, Zählpunkte einzurichten, um die Abrechnung von Stromlieferungen Dritter aus dem Netz an angeschlossenen Letztverbraucher über Unterzähler zu ermöglichen, stellt eine erhebliche, gegenwärtige Berührung der Interessen der Antragstellerin dar.

2. Der Antrag ist jedoch unbegründet.

Zwar weigert sich die Antragsgegnerin, der Antragstellerin Zählpunkte bereitzustellen, um eine Abrechnung von Stromlieferungen Dritter an Letztverbraucher über Unterzähler zu ermöglichen. Damit verstößt sie jedoch nicht gegen die Vorgaben in den Bestimmungen des Teils 3 Abschnitte 2 und 3 des Energiewirtschaftsgesetzes, gegen auf dieser Grundlage erlassene Rechtsverordnungen oder gegen Festlegungen im Sinne des § 29 Abs. 1 EnWG. Insbesondere war die Antragsgegnerin nicht nach § 20 Abs. 1d EnWG verpflichtet, die für eine Durchleitung innerhalb einer Kundenanlage erforderlichen Zählpunkte zu stellen. Denn bei den streitgegenständlichen Versorgungsinfrastrukturen handelt es sich nicht um Kundenanlagen im Sinne des § 3 Nr. 24a EnWG.

Kundenanlagen sind Energieanlagen zur Abgabe von Energie,

- a) die sich auf einem räumlich zusammengehörenden Gebiet befinden,
- b) mit einem Energieversorgungsnetz oder einer Energieerzeugungsanlage verbunden sind,

- c) für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas unbedeutend sind,
- d) jedermann zum Zwecke der Belieferung der angeschlossenen Letztverbraucher im Wege der Durchleitung unabhängig von der Wahl des Energielieferanten diskriminierungsfrei und unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Unstreitig handelt es sich bei den geplanten Anlagen der Antragstellerin „Utbremer Ring“ und „Buddeskamp“ um Energieanlagen zur Abgabe von Energie, die jeweils auch mit einem Energieversorgungsnetz verbunden sind.

2.1. Die Energieanlage „Utbremer Ring“ befindet sich nicht auf einem räumlich zusammengehörenden Gebiet, die Anlage „Buddeskamp“ dagegen schon.

Eine der nach dem Gesetzeswortlaut zu beachtende Mindestvoraussetzung für die Annahme einer Kundenanlage ist eine gewisse räumliche Zusammengehörigkeit des Gebiets. Diese liegt in der Regel vor, wenn sich die Anlage auf einem Grundstück befindet. Die Zusammengehörigkeit kann allerdings auch bei einem mehrere Grundstücke umfassenden Gebiet gegeben sein (vgl. Gemeinsames Positionspapier der Regulierungsbehörden der Länder und der Bundesnetzagentur zu geschlossenen Verteilernetzen gem. § 110 EnWG vom 23.02.2012, S. 6). In diese Richtung geht auch das Verständnis des OLG Stuttgart in einer Entscheidung zu § 110 Abs. 1 Nr. 2 EnWG (alte Fassung, Stand 25.10.2008), auf deren Auslegung sich auch die Antragstellerin beruft. Danach soll ein räumlich zusammengehörendes Gebiet vorliegen, wenn auf Grund einer gewissen Nähe und Verbindung zwischen den Grundstücken das Gebiet aus Sicht eines objektiven Betrachters als einheitlich wahrgenommen wird (OLG Stuttgart Kartellsenat, Beschluss vom 27.05.2010 - 202 EnWG 1/10, Rn. 50 m.w.N.). Es bedarf insoweit einer Gesamtschau der Umstände im Einzelfall. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen kann sich eine Energieanlage demnach auch über mehrere Grundstücke erstrecken. Dem steht die Gesetzesbegründung zu § 3 Nr. 24a EnWG nicht entgegen. Zwar finden sich Hinweise zur geographischen Ausdehnung (BT-Drs. 17/6072, S. 51), diese betreffen allerdings das Tatbestandsmerkmal des wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs nach § 3 Nr. 24a lit. c) EnWG. Die Anforderungen, die der Gesetzgeber im Rahmen des Tatbestandsmerkmals des wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs an die geographische Ausdehnung einer Kundenanlage stellt, sind aber nicht identisch mit den Anforderungen, die an das Tatbestandsmerkmal des räumlich zusammengehörenden Gebietes gestellt werden. Insoweit geht das Vorbringen der Antragsgegnerin an dieser Stelle fehl, es müsse sich zur Erfüllung des Tatbestandsmerkmals des „räumlich zusammengehörenden Gebietes“ entsprechend der Gesetzesbegründung um eine nach der Verkehrsanschauung noch als ein Grundstück anzusehende Fläche handeln. Das Tatbestandsmerkmal des § 3 Nr. 24a lit. a) EnWG würde ansonsten als eigenständiges Tatbestandsmerkmal

leerlaufen.

Die räumliche Zusammengehörigkeit eines Gebiets wird aber in der Regel durch querende Straßen gestört, wobei sich aus den Umständen des Einzelfalls etwas anderes ergeben kann. Die gemeinsame Versorgung von Grundstücken über dasselbe Wärmenetz schafft entgegen dem Vorbringen der Antragstellerin jedoch keine räumliche Verbindung. Gemeinsam genutzte Versorgungsleitungen helfen nicht über einen fehlenden räumlichen und somit gebietsbezogenen Zusammenhang hinweg (so auch Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg, Beschluss vom 16.12.2016, Az.: 4-4455.40/157). Das Merkmal könnte ansonsten durch rein wirtschaftliche Aspekte, zum Beispiel durch Einrichtung eines Telekommunikations oder Stromnetzes, determiniert werden und wäre zudem wie im vorliegenden Fall bei Vorliegen eines ohnehin gemeinsam genutzten Stromnetzes ohne darüber hinausgehende eigene Relevanz.

2.1.1. Die Energieanlage „Utbremer Ring“ befindet sich nach diesen Grundsätzen nicht auf einem räumlich zusammengehörenden Gebiet.

Der mehrspurige Utbremer Ring unterbricht in der Gesamtschau mit den weiteren Umständen vor Ort den zusammenhängenden Charakter des Gebiets. Diese vierspurige Straße stellt ein räumliches Hindernis dar, welches auch nicht ohne weiteres überwunden werden kann, wie das beispielsweise bei reinen Anliegerstraßen oder Zubringern der Fall ist, die ein ursprünglich zusammenhängendes Gebiet bloß erschließen. Der Utbremer Ring ist, wie auch der Name zum Ausdruck bringt, ein Hauptverkehrsweg und Teil eines Ringsystem um das Zentrum der Stadt Bremen. Ein Erschließungscharakter kommt der Straße nicht zu, da es jedenfalls nicht um die Erschließung und Nutzbarmachung des hier in Rede stehenden Gebiets geht. Das Stadtgebiet Bremen wird unbenommen durch den Ring erschlossen. Es mangelt an verbindenden Elementen, die trotz der querenden öffentlichen Straße eine räumliche Zusammengehörigkeit der Fläche und der darauf befindlichen durch die Energieanlage angeschlossenen Wohngebäude erzeugen würden. Das führt dazu, dass sich insbesondere die südlich des Utbremer Rings befindlichen Mehrfamilienhäuser nicht zu einem einheitlichen und zusammengehörigen Erscheinungsbild mit den Häusern im Norden zusammenfügen. Zwar handelt es sich insgesamt um architektonisch ähnliche Mehrfamilienhäuser mit Satteldächern, die einen ähnlichen Sanierungsstand aufweisen. Die architektonische und bauliche Gestaltung der Gebäude spielt aber, wie die stellungnehmende Landesregulierungsbehörde zutreffend anmerkt, keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Allein das Vorhandensein von Ampelanlagen erzeugt beim objektiven Betrachter kein erkennbar einheitliches Gesamtbild des Gebiets, sondern könnte vielmehr als Indiz für den im Übrigen abgrenzenden und schwer überwindlichen Charakter der Ringstraße gewertet werden. Der von der Antragstellerin vorgebrachte Umstand, dass nahezu sämtliche Gebäude einer Eigentümerin gehören, die diese bewirtschaftet und mit Wärme versorgt, reicht für die Annahme eines zusammengehörenden Gebiets nach § 3 Nr. 24a EnWG nicht aus.

2.1.2. Die Energieanlage „Buddeskamp“ befindet sich auf einem räumlich zusammengehörenden Gebiet. Das beiliegende Kartenmaterial der Antragsgegnerin sowie die im Internet frei zugänglichen Luftaufnahmen lassen für dieses Gebiet in der Gesamtschau der Umstände keine markante Unterbrechung erkennen, die die räumliche Zusammengehörigkeit des Gebiets aufheben würden. Zwar ist die räumliche Ausdehnung mit 260 m von Nord nach Süd und 340 m von Ost nach West nicht unerheblich, die geographische Ausdehnung sowie die Überschreitung von Grundstücksgrenzen ist isoliert aber noch kein Kriterium, das den räumlichen Zusammenhang entfallen lässt. Auch die das Gebiet durchkreuzenden Straßen zerstören die Zusammengehörigkeit des Gebiets Buddeskamp nicht. Für einen objektiven Betrachter haben sie den Charakter reiner Anliegerstraßen, die zum Zweck der Nutzbarmachung des Gebiets errichtet wurden. Im Gegensatz zu dem Gebiet Utbremer Ring treten im Bereich Buddeskamp keine weiteren Umstände hinzu, die in der Gesamtschau die Wahrnehmung als ein einheitliches und zusammengehöriges Gebiet entfallen lassen. Auch wenn die Abgrenzung des Gebiets im Nordosten aufgrund der baulichen Ähnlichkeiten nicht so trennscharf ist wie zu den anderen Seiten, wo Ein- und Zweifamilienhäuser an die von der Energieanlage angeschlossenen Mehrfamilienhäuser grenzen, lässt sich den Luftaufnahmen und dem Kartenmaterial trotzdem der Eindruck einer baulich und räumlichen Einheitlichkeit des Gebiets entnehmen.

2.2. Die Energieanlagen der Antragstellerin sind nicht als unbedeutend für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität einzustufen. In beiden Fällen überschreitet die Anzahl der jeweils an die Energieanlagen der Antragstellerin angeschlossenen Letztverbraucher eine Grenze, ab der nach Auffassung der Beschlusskammer grundsätzlich nicht mehr von einer Bedeutungslosigkeit für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs ausgegangen werden kann, sofern im jeweiligen Einzelfall nicht sonstige Tatsachen hinzutreten, die eine andere Einschätzung nahe legen. An solchen Tatsachen fehlt es vorliegend.

Beim dem unbestimmten Rechtsbegriffs der Unbedeutsamkeit für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas, welcher im Übrigen nicht auf kartellrechtliche Kategorien rekurriert, sondern einen vollständig eigenständigen netzregulatorischen Bedeutungsgehalt hat, muss insbesondere das Ziel der Regelung beachtet werden. Die Definition der Kundenanlage grenzt das regulierte Energienetz von der unregulierten Kundenanlage ab (BT-Drs. 17/6072, S.51 a.a.O.). Entscheidend ist demnach, ob die Anlagen von ihrem wirtschaftlichen Gewicht und ihrer Größe geeignet sind, einen solchen Einfluss auf den Wettbewerb zu haben, dass sie als Teil des natürlichen Monopols der Regulierung unterstellt werden müssen. Diese Prüfung ist anhand einer Gesamtschau von Kriterien im jeweiligen Einzelfall vorzunehmen, insbesondere anhand der folgenden Kriterien (BT-Drs. 17/6072, a.a.O.):

- Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher
- geographische Ausdehnung der Anlage
- Menge der über die Anlage an die angeschlossenen Letztverbraucher gelieferten Energie
- Vertragsgestaltungen zwischen dem Betreiber der Anlage und den angeschlossenen Letztverbrauchern
- Anzahl weiterer angeschlossener Kundenanlagen
- sonstige Kriterien

Das Vorbringen der Antragstellerin, eine Regulierung ihrer Anlagen würde den Wettbewerb behindern, erkennt den Zweck und die Systematik von Regulierung. Vor dem Hintergrund der Versorgungsfunktion des Netzes und der wettbewerblich orientierten Energieversorgung unter Beachtung der Ziele des § 1 Abs. 1 EnWG ist grundsätzlich von einem weiten Netzbegriff auszugehen (vgl. BGH, Beschluss vom 18.10.2011, EnVR 68/10, Juris Rn. 9). Die Regulierung natürlicher Monopole bei der Versorgung mit leitungsgebundener Energie soll unter anderem missbräuchliches Verhalten des Leitungsbetreibers hinsichtlich der wettbewerblich organisierten Wertschöpfungsstufen – insbesondere die Belieferung mit Energie – verhindern. Um die Belieferung mit Energie durch jeden Anbieter zu ermöglichen, müssen grundsätzlich alle Anlagen, die der Versorgung von Letztverbrauchern dienen, dem Netzbegriff unterfallen (BGH, Beschluss vom 18.10.2011, EnVR 68/10, Juris Rn. 9). Die Kundenanlage stellt insoweit eine Ausnahme dar, da es in diesen Fällen ausnahmsweise trotz einer dem üblichen Netzmonopol vergleichbaren Situation keiner Regulierung bedarf, um eine missbräuchliche Beeinflussung des Wettbewerbs zu verhindern. Die Verhinderung des Netzzugangs sowie überhöhte Netzentgelte („rising rivals costs“) werden durch die Voraussetzung des diskriminierungsfreien und unentgeltlichen Zugangs wirksam ausgeschlossen. Weitere Missbrauchspotentiale wie Netzanschlussverweigerungen, Quersubventionierungen, Missachtung der Betriebspflichten nach § 11 EnWG oder die fehlende informatorische Entflechtung zwischen Netz und Vertrieb fallen nach der Wertung des Gesetzgebers aber nur so lange nicht ins Gewicht, wie es sich um eine für den Wettbewerb unbedeutende Anlage handelt. Auch wenn sich die dem BGH in der vorgenannten Entscheidung gestellte Frage nach dem Vorliegen einer Kundenanlage nur am Rande gestellt und an einem anderen Tatbestandsmerkmal entschieden hat, ist die Aussage des Kartellsenats zum weiten Netzbegriff nach Auffassung der Beschlusskammer für diesen und andere Fälle der Abgrenzung von Netz und Kundenanlage relevant. Der Kartellsenat hat die weite Auslegung des Netzbegriffs im Übrigen auch mit der Regelung zum Netzanschluss in § 17 EnWG begründet. Zudem kann die Auslegung des Netzbegriffs nicht vom Vorliegen oder Nichtvorliegen übriger Tatbestandsvo-

raussetzungen abhängen.

Bei der anzustellenden Gesamtschau zum Nachweis der wettbewerblichen Unbedeutenheit handelt es sich um eine quantitative Abwägung (Regulierungskammer Hessen im Beschluss vom 29.8.2016, III 3 – 75s40#011, RKH 170/2016), die anhand von objektiven Kriterien zu erfolgen hat. Das Vorbringen der Antragstellerin, aus wirtschaftlichen Gründen gerade kein Netz, sondern ausschließlich eine Kundenanlage betreiben zu wollen, kann keine Berücksichtigung finden.

Die wettbewerbliche Relevanz einer Energieanlage zur Versorgung von Letztverbrauchern steigt mit der Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher, der geographischen Ausdehnung und der Menge der durchgeleiteten Energie. Je weiter die tatsächlichen Gegebenheiten vom erklärten Willen des Gesetzgebers abweichen, desto eher sprechen sie für eine wettbewerbliche Bedeutung und damit gegen das Vorliegen einer Kundenanlage. Maßgeblich ist die Größe der Kundenanlage selbst, während der Relation zur Ausdehnung des vorgelagerten Netzes keine entscheidende Bedeutung zukommt. Der Regelfall der Kundenanlagen sind geographisch eng begrenzte Hausanlagen innerhalb von Gebäuden oder Gebäudekomplexen, wobei sich die Anlagen im Einzelfall auch außerhalb von Gebäuden über ein großes Grundstück erstrecken können (BT-Drs. 17/6072, a.a.O.). Zudem sind ausschließlich der Eigenversorgung der Betreiber dienende Anlagen grundsätzlich als Kundenanlagen zu einzustufen (BT-Drs. 17/6072, a.a.O.). Energieanlagen, die ausschließlich der Eigenversorgung dienen, haben bereits keine Versorgungsfunktion im Sinne des § 3 Nr. 36 EnWG inne und stellen daher von vornherein kein Energieversorgungsnetz dar (vgl. BGH, Beschluss vom 18.10.2011, EnVR 68/10, Juris Rn. 9). Sie sind wettbewerblich unbedeutend und demnach gänzlich von der Regulierung ausgenommen. Mit jedem zusätzlich angeschlossenen Letztverbraucher nimmt die Versorgungsfunktion zu und damit auch die Bedeutung der Energieanlage für den Wettbewerb sowie die Regulierungsbedürftigkeit. Darüber hinaus können weitere Kriterien, wie beispielsweise vertraglichen Vereinbarungen, im Rahmen der Abwägung von Relevanz sein.

Die Anzahl von 457 angeschlossenen und zu versorgenden Letztverbrauchern im Gebiet „Utbremer Ring“ und 515 im Gebiet „Buddeskamp“ bedingt, dass sich die wettbewerbliche Unbedeutenheit der Energieanlage nicht mehr feststellen lässt und Regulierungsbedürftigkeit der Energieanlage aus rein quantitativen Gründen eintritt, ohne dass weitere Merkmale hinzutreten müssen. Beide Anlagen dienen nicht primär der Versorgung der Antragstellerin als Betreiberin der Energieanlagen, sondern der Versorgung einer Vielzahl von Dritten.

Das Kammergericht Berlin sieht es in einer Entscheidung vom 20.03.2014 „als nicht fernliegend“ an, dass bereits eine Anzahl von 90 Letztverbrauchern, bei denen es sich im konkreten Fall überwiegend um Wochenendhäuser, einen Segelsportverein und einen Campingplatz handelte,

ein durch ein Elektrizitätsversorgungsnetz versorgtes „– wenn auch kleines – Siedlungsgebiet“ darstellt (KG Berlin, Beschluss vom 20.03.2014, S.14). Die von der Antragstellerin geplanten Anlagen sollen jeweils etwa fünfmal so viele Letztverbraucher versorgen. Unabhängig von der Frage, wo die Schwelle überschritten wird, ist jedenfalls in diesen Fällen von 457 und 515 angeschlossenen Letztverbrauchern eine Dimensionen erreicht, bei der von einer Unbedeutsamkeit für den Wettbewerb nicht mehr auszugehen ist. Es gibt nicht wenige Energieversorgungsunternehmen, für die 500 Haushaltskunden eine relevante Größe sind. Es handelt sich beispielsweise um mehr als 6 % der von der Antragstellerin angestrebten Gesamtkundenzahl von 8000. Anhaltspunkte, die im Rahmen der anzustellenden Gesamtabwägung gegen das Regulierungsbedürfnis sprechen, sind nicht ersichtlich. Hinsichtlich einer unkritischen Anzahl angeschlossener Letztverbraucher auf eine Größe abzustellen, die bei Energieanlagen innerhalb von Gebäuden oder Gebäudekomplexen potentiell erreicht werden kann, würde nach Auffassung der Beschlusskammer der vom Gesetzgeber angestrebten Abwägung verschiedener Kriterien im Einzelfall nicht hinreichend Rechnung tragen. Ob Energieanlagen in einem einzelnen Gebäude mit mehr als 500 Wohnanlagen mit Blick auf ihre Bedeutung für den Wettbewerb noch als Kundenanlage angesehen werden können, steht vorliegend nicht zur Entscheidung an. Eine entsprechende Spruchpraxis der Beschlusskammer besteht jedenfalls nicht.

Gegen die Annahme von Kundenanlagen spricht in der Zusammenschau mit der Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher auch das Merkmal der geographischen Ausdehnung, welches im Rahmen der Gesamtabwägung zu berücksichtigen ist. Dieses ist nicht mit dem eigenständigen Tatbestandsmerkmal des „räumlich zusammengehörenden Gebiets“ zu verwechseln (s.o. unter 2.1.). Der Gesetzgeber hat in seiner Begründung zu § 3 Nr. 24a EnWG exemplarisch beschrieben, welche Größenordnung er unter dem Begriff Kundenanlage versteht. Demnach stellen geographisch eng begrenzte „Hausanlagen“ innerhalb von Gebäuden oder Gebäudekomplexen in der Regel Kundenanlagen dar. Im Einzelfall sei es möglich, dass sich eine Kundenanlage außerhalb von Gebäuden über ein größeres Grundstück erstreckt (BT-Drs. 17/6072, a.a.O.). Der Regelfall ist demnach die Begrenzung auf ein Grundstück. Die geographische Ausdehnung der Anlage „Utbremer Ring“ über eine Gesamtfläche von 44.631 m² (entspricht der Fläche von ca. 6 Fußballfeldern) und 13 Grundstücke mit einer Verteilung auf 22 Wohngebäude ist so weit vom Regelfall entfernt, dass dieser Aspekt schon für sich genommen und erst Recht in der Gesamtschau mit der Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher gegen die Annahme einer Kundenanlage spricht. Selbiges gilt für die Anlage „Buddeskamp“, welche sich über 17 Grundstücke mit mehr als 53.000 m² (entspricht der Fläche von ca. sieben Fußballfeldern) Fläche erstreckt und 25 Wohngebäude umfasst.

Auch die Menge der an die angeschlossenen Letztverbraucher geleiteten Energie vermag den Eindruck der Bedeutsamkeit der Anlagen für den Wettbewerb nicht zu trüben. Bei dieser Energiemengenbetrachtung handelt es sich vielmehr um einen weiteren Indikator für die wettbewerb-

liche Bedeutung der Energieanlage (BT-Drs. 17/6072, a.a.O.). Wenn die Landesregulierungsbehörde Bremen anmerkt, dass dieses Kriterium keine über die Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher hinausgehende Aussagekraft enthält, weist sie zwar zu Recht auf die typische Korrelation von Kundenanzahl und Energieverbrauch hin. Insbesondere im gewerblichen Bereich gibt es aber viele Fälle, in denen Mengen abgenommen werden, die weit über oder auch unter denen eines 2–4 Personenhaushalts liegen können. Insofern gilt auch hier, je kleiner die Energiemenge, desto eher kann von einer Unbedeutsamkeit der Anlage für die Sicherstellung des Wettbewerbs ausgegangen werden. Diese Annahme kann aufgrund der voraussichtlich in Rede stehenden jährlichen Energiemengen im vierstelligen Megawattstundenbereich pro Energieanlage allerdings nicht greifen. Dies gilt weder im Verhältnis zu den von der Antragstellerin eigenverbrauchten Mengen, die sich auf Allgemeinverbräuche beschränken dürften, noch losgelöst von einer vergleichenden Betrachtung. Die 457 Haushalte, die über die Anlage „Utbremer Ring“ versorgt werden sollen, würden bei einem unterstellten durchschnittlichen Stromverbrauch von 2.200 kWh eine jährlich durchzuleitende Energiemenge in Höhe von ca. 1005 MWh verbrauchen. Die Anlage „Buddeskamp“ würde bei der gleichen Annahme eine Energiemenge von ca. 1133 MWh pro Jahr durchleiten, um alle 515 Haushalte zu versorgen.

Dem steht auch die Auffassung der Antragstellerin nicht entgegen, dass Wettbewerb nicht dazu diene, das klassische Stromversorgungsmodell zu erhalten, da der Gesetzgeber die dezentrale Stromversorgung ausdrücklich fördere. Vorliegend geht es nicht darum, Wettbewerbsvorteile oder -nachteile für „klassische“ oder „dezentrale“ Stromversorgungskonzepte zu erzeugen oder auszugleichen. Entscheidend ist allein, ob die elektrischen Leitungen, die die Antragstellerin betreibt, eine Kundenanlage oder ein Energieversorgungsnetz darstellen.

Es ist der Antragstellerin im Ergebnis auch nicht die Darlegung gelungen, inwieweit sich die Einstufung der elektrischen Leitungen als Energieversorgungsnetz auf ihre Wettbewerbssituation bei der Erzeugung und dem Vertrieb von elektrischer Energie auswirken kann. Zwar ist zutreffend, dass die Tätigkeit als Netzbetreiberin weitere Aufgaben mit sich bringt, deren Wahrnehmung Kosten verursacht. Diese Kosten kann die Antragstellerin aber – wie sie selbst ausführt – als Netzbetreiberin in Form von Netznutzungsentgelten an die Nutzer ihres Energieversorgungsnetzes weitergeben. Dies muss diskriminierungsfrei, also unabhängig von der Wahl des Stromlieferanten, erfolgen. Mit anderen Worten: Alle Nutzer des von der Antragstellerin betriebenen Netzes beteiligen sich in gleicher Weise an den Kosten des Netzes, unabhängig davon, ob die Belieferung mit Strom durch die Antragstellerin oder durch einen Dritten erfolgt. Insoweit ist nicht erkennbar, dass durch die Einstufung als Energieversorgungsnetz der Antragstellerin ein Nachteil in ihrer Tätigkeit als Lieferantin zugefügt wird. Dass die notwendige Einrichtung einer betrieblichen und organisatorischen Infrastruktur im regulierten Netzbetrieb auch in kleinen Netzen wirtschaftlich und organisatorisch darstellbar ist, zeigen eine ganze Reihe kleiner Netzbetreiber, die sich im Bereich von bis zu 1000 angeschlossenen Zählpunkten bewegen. Es ist

vielmehr die eigene unternehmerische Entscheidung der Antragstellerin, keine Netznutzungsentgelte zu erheben. Ebenso ist es die Entscheidung der Antragstellerin, ob sie überhaupt eine Netzinfrastruktur betreiben möchte und wie sie – innerhalb des rechtlichen Rahmens – die Kosten refinanziert.

Die Antragstellerin hält es demgegenüber für rechtlich geboten, dass ihr die Möglichkeit gegeben wird, die Netzbetreiberaufgaben wie die Zählpunktverwaltung und die Umsetzung der einschlägigen Festlegungen (GPKE, MaBiS) auf die Antragsgegnerin zu verlagern und hinsichtlich der selbsterzeugten Strommengen netzgekoppelte Umlagen zu vermeiden. Damit will sie die höheren Kosten für die Stromerzeugung in ihrem BHKW im Vergleich zum Großhandelsmarkt für Strom ausgleichen, um den Kunden konkurrenzfähige Angebote für die Belieferung mit Strom machen zu können. Dies ist aber gerade keine geeignete Grundlage für die Einstufung als Kundenanlage. Das Vorbringen verdeutlicht vielmehr die wettbewerbsverzerrenden Aspekte so oder ähnlich gelagerter Versorgungsmodelle, die sich verstärken mit einem Anstieg der in der Energieanlage erzeugten und verbrauchten Strommenge und zu Lasten der übrigen Netzkunden gehen. Das von der Antragstellerin angestrebte Konzept ähnelt letztlich durchaus den geschlossenen Versorgungsgebieten aus der Zeit vor der Öffnung des Strommarkts für die Belieferung von Haushaltskunden.

Auch das Ziel, einer klimafreundlichen Wärme- und Stromversorgung gebietet keine andere Auslegung. Dieses Ziel rechtfertigt es nicht, die Definition der Kundenanlage als Subventionstatbestand auszulegen. Hierauf läuft das Verständnis der Antragsgegnerin aber letztlich hinaus, wenn sie betont, dass ihr Geschäftsmodell nur bei der Annahme einer Kundenanlage wirtschaftlich tragfähig und darüber hinaus ein typischer Fall eines quartiersbezogenen Ansatzes zur energetischen Sanierung sei.

3. Die Erhebung von Kosten nach § 91 EnWG bleibt einem gesonderten Verfahren vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung gemäß § 76 Abs.1 EnWG.

Christian Mielke
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Jens Lück
Beisitzer